

## Laurens Hogebrink\*: Eine neue Debatte über die Rolle der Religion in der europäischen Gesellschaft: Die Herausforderung angesichts des säkularen Fundamentalismus

### Einführende Anmerkungen

*Der 100. Jahrestag des französischen Kirche-Staat-Modells „laïcité“ (1905 durch ein entsprechendes Gesetz kodifiziert) war das zentrale Thema des jährlichen Zusammentreffens der Ecumenical Association for Adult Education in Europe vom 14.–18. Juni in Nizza, Frankreich. Die Idee war, dieses Thema für eine weiterführende Diskussion über die neuen Herausforderungen angesichts der Säkularisation in einem zunehmend multi-religiösen Europa zu nutzen. Pastor Jean Arnold de Clermont, Präsident der French Protestant Federation und Moderator der Conference of European Churches referierte über den Hintergrund und die Bedeutung von „laïcité“. Ich wurde gebeten, über die verwirrende Situation in den Niederlanden nach den zwei schockierenden politischen Morden zu berichten, die beide mit den Belastungen unserer multikulturellen Gesellschaft zu tun haben. Ich fügte Ausführungen zu der überwältigenden Ablehnung der EU-Verfassung beim niederländischen Referendum (1. Juni) hinzu, und wurde gebeten, all diese Ereignisse mit den Herausforderungen, die die Säkularisation in einem sich wandelnden Europa mit sich bringt, in Beziehung zu setzen.*

### 1. Eine neue und verwirrende Form des alten Konflikts zwischen „Religion“ und „säkularer Gesellschaft“

Zwei politische Morde und das erstaunliche Ergebnis des Referendums zur geplanten EU-Verfassung in den Niederlanden, einem Land, das bekannt ist für seine Toleranz und Stabilität. Es ist nicht einfach, Dinge zu erklären, die ich selbst nicht verstehe. Dennoch müssen wir versuchen, solche Ereignisse im Kontext breiterer gesellschaftlicher Veränderungen zu verstehen. Die sich wandelnde Rolle der Religion in der europäischen Gesellschaft (oder zumindest die Art und Weise der Wahrnehmung

dieser Veränderung) ist ein wichtiger Bestandteil dieser Verwirrung, genau wie die Veränderungen in unserer politischen Kultur, insbesondere die Legitimation unseres politischen Systems.

Säkularisation kann auf vielfältige Weise definiert werden, aber ich werde mich an eine breitere Umschreibung halten: die allmähliche Abnahme der Bedeutung von Religion und der Kirchen, sowohl was (Mitglieder)Zahlen als auch den gesellschaftlichen Einfluss betrifft. Das französische Konzept der „laïcité“ – nicht nur die Trennung von Staat und Kirche, sondern auch die Zusicherung, dass Privatangelegenheiten (inklusive Bildung) frei bleiben von religiösen Einmischungen – ist in den Niederlanden völlig fremd, aber es gibt auch in meinem Land neuerdings Strömungen, die den Einfluss der Religion auf die Sphäre des Privatlebens reduzieren wollen. Hauptsächlich liegen diese Tendenzen in der Furcht vor und Unsicherheit über Dinge begründet, die als neu und fremdartig betrachtet werden, wie insbesondere der Islam. Einige schockierende Ereignisse in der letzten Zeit, in der gesamten Welt und in den Niederlanden (Abs. 2), stellen nicht nur neue Bedrohungen für die westliche Demokratie dar, sondern machten ebenfalls deutlich, dass der alte Konflikt zwischen „Glaube“ und „Vernunft“ oder „Religion“ und „weltlicher Gesellschaft“ keineswegs eine Sache der Vergangenheit ist – er kehrt zurück in neuer Form (dies ist ein breiteres Thema als nur die Beziehung zwischen Kirche und Staat, s. auch Abs. 7). Das neue, und oft negative Interesse an Religion ist nicht allein durch die wachsende Bedeutung des Islams in Europa zu erklären. Ein weiterer Faktor ist die Entdeckung, dass das „christliche“ Europa weniger säkularisiert ist, als uns der Mythos der Säkularisation glauben machen will.

*Der Anteil der Christen an der europäischen Gesamtbevölkerung von insgesamt 800 Millionen Menschen (inklusive Russland und der Türkei) ist ungefähr 520 Millionen (270 Millionen römisch-katholisch, 130 Millionen orthodox, und 120 Millionen protestantisch oder anglikanisch). Dies sind zwei Drittel der Gesamtbevölkerung.<sup>1</sup>*

*Natürlich vermitteln diese Zahlen nur einen ersten Eindruck. Sie sind unzuverlässig und sagen nichts aus über die Intensität der religiösen Überzeugung. In manchen Ländern im Norden und*

Einführung zur Consultation der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Europa (EAEE). Die englische Bezeichnung lautet: Ecumenical Association for Adult Education in Europe. 14.–18. Juni, Nizza/Frankreich (überarbeitete Fassung)

*Süden gehört eine Mehrheit der Bevölkerung formell einer Kirche an, aber nur wenige Gläubige nehmen am Kirchenleben teil. Die Niederlande sind das andere Extrem. Was die Kirchengliederung angeht, war es das meistsäkularisierte Land in der EU der 15 Mitgliedsstaaten vor der Erweiterung 2004, bei der acht ehemals kommunistische Länder aufgenommen wurden. Es war das einzige Land, in dem weniger als die Hälfte der Bevölkerung sich als einer Kirche zugehörig bezeichnete. Was aber das aktive Kirchenleben angeht war es das am wenigsten säkularisierte Land in der EU vor 2004: 23% der Bevölkerung geht mindestens einmal im Monat in die Kirche, und ist auch anderweitig am Kirchenleben beteiligt (bei den meisten anderen EU-Ländern liegen die Vergleichszahlen bei weniger als zehn Prozent).<sup>2</sup>*

Das weltliche Europa hat die Religion wieder entdeckt, hauptsächlich wegen des Islams, und betrachtet nun Religion – über den Islam hinaus – als Bedrohung. Gleichzeitig haben die Kirchen ihre gesellschaftliche Rolle noch nicht neu definiert und betrachten ihrerseits die traditionelle Säkularisation als Bedrohung. Als bei weitem größten Anteil an der „Zivilgesellschaft“ sind sie sich ihres Potenzials kaum bewusst (s. Abs. 7). Auf die eine oder andere Weise muss die „Zivilgesellschaft“ das Vakuum der Legimitation unserer Demokratie füllen, das von der dahinschwindenden Bedeutung der politischen Parteien hinterlassen wurde (s. Abs. 7). Dies impliziert, dass auch die Kirchen ihre Rolle in der öffentlichen Sphäre überdenken müssen. Dies wird also mein Thema sein, aber erwarten Sie nicht zuviel Klarheit, denn ich spreche aus der derzeitigen holländischen Perspektive: einer Perspektive der Verwirrung.



## 2. Was passiert in den Niederlanden?

Dem durch „9/11“ (11. September in den USA) ausgelösten westlichen Kulturschock folgten 911 Tage später die Bombenanschläge auf die Züge in Madrid (11. März 2004). In den Niederlanden ereigneten sich einige holländisch-spezifische Kulturschocks, die das Bild der Niederlande als das einer toleranten und international orientierten Gesellschaft in Frage stellen:

- Am 6. Mai 2002 wurde der populistische Politiker Pim Fortuyn von einem linksgerichteten Umweltaktivisten ermordet, eine Woche vor den anstehenden Parlamentswahlen. Fortuyn hätte diese Wahlen eventuell gewonnen. Der Haupterkklärungsgrund für seine Beliebtheit bei den Wählern war seine Kritik an der mangelnden Integration von Immigranten. Er bezeichnete den Islam als eine „rückwärts gerichtete Kultur“ und als eine Bedrohung für den Weltfrieden.<sup>3</sup>
- Am 2. November 2004 wurde der populäre Kolumnist und Filmemacher Theo van Gogh von einem jungen radikalen Holländer/marokkanischen Muslim hingegrillt. Van Gogh kritisierte den Islam, oft auf eine provokative und beleidigende Weise. Seine Standardphrase war, Muslime seien „Ziegenficker“. Er hatte einen Film über die Unterdrückung muslimischer Frauen gedreht, in dem Textpassagen aus dem Koran (von Muslims als heilig angesehen) auf die teilweise unbedeckten Körper von Frauen projiziert wurden, die im Namen des Islam von Männern gedemütigt wurden. Die Initiative für den Film stammte von einer Parlamentsabgeordneten somalischer Herkunft, Ayaan Hirsi

Ali. Ihr wurde gedroht, sie werde als nächste ermordet. Es folgten gewalttätige Anschläge auf Moscheen, und später auf Kirchen.

–Am 1. Juni 2005 stimmte in dem holländischen Referendum zur geplanten EU-Verfassung eine überwältigende Mehrheit von 62% mit „Nein“. Besorgnis über die holländische Identität spielte eine Rolle (hierzu und zu anderen Faktoren s. Abs. 3). Ich bin beschämt angesichts sowohl des Ergebnisses als auch des Niveaus der Debatte.

Was diese drei Ereignisse gemeinsam haben, ist der Eindruck, dass die Niederlande nicht mehr wissen, wie

mit der eigenen kulturellen Vielfalt umzugehen ist. Sowohl die unglaubliche Popularität Pim Fortuyns als auch das Ergebnis des Referendums zeigen darüber hinaus auf, wie groß die Lücke zwischen politischer Elite und der Mehrheit der Wähler geworden ist.

### 3. Zurück zu Nizza? Nein, das Ergebnis des Referendums ist nur Teil der holländischen Verwirrung

Zunächst das Referendum. Nach der überwältigenden Ablehnung nahmen sowohl Politiker der „Nein“- als auch der „Ja“-Kampagne für sich in Anspruch, dass zumindest die intensive Debatte über Europa eine gute Sache sei. Meiner Meinung nach war es eine lausige Debatte. Die wirklichen Dilemmata der Zukunft der EU wurden kaum diskutiert. Und obwohl nach der Ablehnung des Verfassungsentwurfs der Vertrag von Nizza weiterhin in Kraft bleibt, nutzte das „Nein“-Lager Argumente, die sich in Wahrheit eher gegen Nizza richten als gegen den EU-Verfassungsentwurf.

Das „Ja“-Lager betrachtete das Referendum als erzieherische Maßnahme, die Europa näher an seine Bürger bringen sollte und zweifelte nie am Abstimmungsergebnis. Man begann viel zu spät zu erklären, warum eine Verfassung gebraucht werde. Tonnen von langweiligen und unlesbaren Zusammenfassungen des Verfassungsentwurfs wurden produziert. Als eine Ablehnung wahrscheinlich wurde, überdramatisierte die „Ja“-Kampagne die Konsequenzen („in Europa gehen die Lichter aus“), und konzentrierte sich dann auf Argumente, warum die Verfassung für die Niederlande eine gute Sache sei, und spielte dabei oft genau die gleiche populistische und nationalistische Karte wie die Gegenseite.

Das „Nein“-Lager zeichnete sich wirklich durch Populismus und Nationalismus aus. Man nutzte Halbwahrheiten (z. B. über die durch die Verfassung zugesagte Erhöhung von Verteidigungsausgaben), bisweilen blanke Lügen (z. B. dass die EU-Verfassung es ermöglichte, die holländischen Sterbehilfegesetze außer Kraft zu setzen), und viele andere Argumente, die mit der EU-Verfassung gar

nichts zu tun hatten (z. B. dass die Einführung des Euro die Lebenshaltungskosten in die Höhe trieb), oder aber die zwar wahr, aber eher nachrangig waren angesichts der Dinge, um die es wirklich ging (z. B. dass die Verfassung nicht den Stierkampf in Spanien verbiete und so schlecht sei für das Wohl der Tiere, – ausblendend, dass ein „Nein“ ebenso ein Nein zum Wohle der Tiere war, da deren Wohlergehen als neues Element der Verfassung aufgenommen wurde). Obwohl formal nicht im Zusammenhang stehend, aber politisch bedeutsam war das weitere Argument, dass eine Ablehnung der Verfassung die letzte Möglichkeit sei, den Beitritt der Türkei zur EU zu verhindern.



Vier Faktoren können zur Erklärung des dramatischen Ergebnisses herangezogen werden:

- Es gibt in den Niederlanden keine Erfahrungen mit nationalen Referenden (das letzte wurde 1797 abgehalten, als das Land teilweise von Frankreich besetzt war).
- Die gegenwärtige Regierung wird als die rechtsgerichtetste seit langer Zeit betrachtet, und Premierminister Balkenendes Beliebtheit ist Umfragen nach sehr niedrig. Die Abneigung gegenüber der Regierung erwies sich als wichtiger Faktor für das Votum.
- Eine noch nie da gewesene Koalition zwischen extremer Rechter und extremer Linker entstand, trotz oftmals völlig konträrer Ansichten über die EU.
- „Zivilgesellschaftliche“ Organisationen waren zögerlich, eine Abstimmungsempfehlung auszusprechen, da sie den Eindruck vermeiden wollten, die Wähler belehren zu wollen (aus diesem Grund verlief die eher bedeckte „Ja“-Empfehlung des holländischen Council of Churches praktisch ungehört, obwohl sie

das Ergebnis einer substanziellen und ausgewogenen Studie über die Vor- und Nachteile der Verfassung war).

Das wichtigste Argument, das von den Wählern, die mit Nein stimmten, zu hören war, bestand darin, dass die Niederlande zu viel an die EU zahlen.<sup>4</sup> Es war interessant zu beobachten, dass dieses Argument während der Kampagne kaum genutzt wurde! Allerdings wurde es in den letzten Jahren regelmäßig von der Regierung betont. Die niederländische Regierung trägt einen großen Anteil an dem entstandenen negativen Bild der EU, welches sich so deutlich in den Nein-Stimmen materialisiert hat. Andere Gründe, mit Nein zu stimmen, waren: Europa wird ein Superstaat, unserer Land wird weniger Einfluss ausüben können, wir verlieren unsere holländische Identität, wir wurden mit dem Euro betrogen, die EU ist undemokratisch, die Osterweiterung kam zu schnell, unsere Jobs sind in Gefahr, wir wollen die Türkei nicht dabei haben, usw. Das Argument der „Ja“-Kampagne, die Ablehnung des Verfassungsentwurfs bedeute „zurück zu Nizza“ und damit ein Verpassen der Möglichkeit, die EU effizienter, demokratischer und sozialer zu gestalten, ging in der allgemeinen Verwirrung über das, was die Verfassung wirklich bedeutet und in der Irritation über den arroganten Ton der „Ja“-Kampagne der Regierung völlig unter.

Auf einer tieferen Ebene hingegen ist die Verwirrung allgemeiner. Es ist die Verwirrung, wohin unsere Gesellschaft in einer globalisierenden Welt strebt, was die Identität eines vergrößerten Europas sein soll, und – vielleicht am wichtigsten – die Verwirrung über die diffuse Identität unserer eigenen Gesellschaft, insbesondere in den Großstädten, in denen oft 30 bis 40% der Bevölkerung einen nichtholländischen Hintergrund aufweisen. Darüber hinaus herrscht Verwirrung über die Legitimierung unseres politischen Systems. Was bedeutet es, wenn zwei Drittel des Parlaments für etwas sind, das zwei Drittel der Wähler ablehnen? (Ich komme hierauf in Abs. 7 zurück).

#### 4. Eine multikulturelle Gesellschaft benötigt „neuen“ Respekt für Religion

„Europa“, ebenso wie Religion, steht nun letztlich auf der Agenda, aber nicht in einer Art und Weise, die Europas Dilemmata gerecht wird. Theo van Gogh beleidigte

den Islam und die Muslime. Bevor er sich auf den Islam konzentrierte, tat er das gleiche mit Juden. Er liebte es einfach zu provozieren. Nach dem Mord äußerten viele Kommentatoren, die Redefreiheit sei ermordet worden: Von nun an würde sich niemand mehr frei fühlen zu sagen oder zu schreiben, was sie/er fühlt. Nur einige wenige Kommentatoren entgegneten, dass die Freiheit der Rede nicht identisch ist mit der Freiheit zu beleidigen. Hier ist das wahre Dilemma.

Natürlich sollte jemand, der sich angegriffen und beleidigt fühlt, die Gerichte anrufen und nicht zum Messer greifen. Aber dies ist eine zu juristische Antwort auf *das Dilemma, ob (oder wo) neue Grenzlinien der Redefreiheit in einer multikulturellen Gesellschaft gezogen werden sollten*. Wir haben mehr oder weniger gelernt, was man öffentlich sagen oder nicht sagen kann über Gott und das Christentum. Wir haben eine Jahrhunderte lange Erfahrung mit (oft gewalttätig ausgetragenen) Konflikten und Debatten. Wir wissen, dass Kritik, wenn sie ernst genommen werden will, einen gewissen Ton des Respekts voraussetzt. Wir haben uns auch an das Faktum gewöhnt, dass in unserer Kultur die Redefreiheit oft als wichtiger betrachtet wird als die religiösen Gefühle von christlichen Gläubigen. Wir haben jedoch wenig Erfahrung mit Islam und Allah. Und in unserer säkularen Kultur gibt es wenig Verständnis dafür, was es für Muslime bedeutet, wenn – unter dem Deckmantel der Redefreiheit – das, was ihnen heilig ist, zum Objekt von Beleidigung und Spott wird.

*Unmittelbar nach dem Mord an diesem holländischen Filmemacher forderte ein Politiker (von der progressiven liberalen Partei!), dass der Abschnitt über „Blasphemie“ (Gott beleidigen und/oder religiöse Gefühle verletzen) im holländischen Strafgesetzbuch unverzüglich gestrichen werden sollte. Für einige Tage gab es hierfür sogar eine Mehrheit im Parlament, aber glücklicherweise änderten einige Abgeordnete ihre Meinung und begriffen, dass dies das falsche Signal an die muslimische Gemeinde wäre. Einige bemerkten auch, dass zunächst eine ernsthafte Reflektion nötig wäre, bevor man zu legislativen Maßnahmen greift.*

Wirklich notwendig ist ein neues Nachdenken über die Grenzen zwischen Respekt und Kritik. Mit „neu“ meine ich einfach: eine Art des Respekts, der den religiösen Gefühlen und dem Glauben der Muslime gerecht wird, und dieser unterscheidet sich dann eventuell von der Form des Respekts, den Christen in unserer säkularen Gesellschaft vielleicht erwarten (aber nicht immer erhalten). Selbstverständlich schließt Respekt nicht Kritik gegenüber Elemen-

ten aus, die den Grundwerten der westlichen Demokratie zuwiderlaufen und daher nicht akzeptiert werden können (wie beispielsweise die Unterdrückung von Frauen).

*Die Kombination von Respekt/Toleranz und Kritik kann durchaus dynamisch sein, wie die bekannte Kontroverse um Grundrechte zeigt: die Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot. Klares Beispiel (in weltlichen Augen, aber auch in den Augen vieler Christen) für Diskriminierung ist das Verbot der Ordination von Frauen und Homosexuellen in vielen christlichen Kirchen. Aufgrund der Religionsfreiheit tolerieren weltliche Gerichte diese Diskriminierung. Die Dinge ändern sich jedoch. Druck von innerhalb der Kirchen als auch von außerhalb führt dazu, dass (zumindest westliche) Kirchen sich in den letzten 50 Jahren bewegten – langsam, und oft unter großen Schwierigkeiten, aber: sie bewegen sich – in die Richtung allgemein akzeptierter Menschenrechtsstandards, die die Früchte der weltlichen Aufklärung sind. Die Schritte, die in den vergangenen Jahrzehnten bezüglich der Ordination von Frauen und Homosexuellen gegangen worden sind, bedeuten eine Tendenz hin zu einer geringeren Unterschiedlichkeit zwischen „Gleichheit vor Gott“ und „Gleichheit vor dem (weltlichen) Gesetz“.*

### 5. Der Fundamentalismus der Aufklärung

Religion steht wieder auf der Agenda, aber das Interesse ist hauptsächlich negativer Natur. Es konzentriert sich auf a) die Rolle von religiösen Faktoren in (pseudo-)interethnischen und anderen Konflikten (Balkan, Indonesien, Sudan usw.) und b) auf die Intoleranz, die jeder Religion als inhärent angesehen wird, da Religion für sich beansprucht, im Besitz der Wahrheit zu sein. Dieser Anspruch und die daraus resultierende Intoleranz gegenüber anders lautenden Überzeugungen werden als Widerspruch zur modernen Demokratie betrachtet. Mit anderen Worten, für viele weltlich orientierte Menschen ist das Problem nicht, dass Religion missbraucht werden kann, sondern dass *Religion selbst* der Grund ist für Intoleranz in der Gesellschaft. (Dies gilt sowohl für das Christentum als auch für den Islam; die jüdische Tradition wird in diesem Zusammenhang selten erwähnt). Daher muss Religion aus dem öffentlichen Leben verbannt werden und ist auf die private Sphäre zu reduzieren. Das zuvor genannte Beispiel über den Vorschlag, Blasphemie aus dem Strafrecht zu streichen, ist ein typisches Beispiel für die wachsende Intoleranz des modernen Säkularismus. Der Film „*Submission Part I*“, aufgrund dessen Theo van Gogh ermordet wurde, war nicht nur ein Angriff auf die Unterdrückung muslimischer Frauen,

er war ein Angriff auf die islamische Religion als eine angeblich von Natur aus unterdrückende Religion.

*Es ist interessant zu erwähnen, dass die gleiche Parlamentsabgeordnete, die den Film initiiert hatte, Ayaan Hirsi Ali, kürzlich das französische Konzept der „laïcité“ als Lösung zur Integration von Minderheiten in die holländische Gesellschaft vorschlug. Sie argumentiert, dass der Staat verantwortlich für den Bildungsbereich sein und garantieren sollte, dass Bildung „neutral“ ist (also nicht beeinflusst von religiösen Überzeugungen der Eltern).<sup>5</sup> – Es ist unwahrscheinlich, dass der lang umkämpfte Artikel 23 der holländischen Verfassung, der private (meist konfessionelle) und öffentliche Schulen gleichstellt, unter ernstem Druck gerät, aber dieser Vorschlag ist ein weiteres Beispiel für denjenigen Ansatz, der Religion selbst als die Ursache für die heutigen gesellschaftlichen Spannungen betrachtet.*

Solche Haltungen zeigen, dass Fundamentalismus nicht nur ein Problem des Christentums, des Islams und anderer Religionen ist, sondern auch des Säkularismus und der Aufklärung. Die liberalen Kräfte in den Kirchen, im Islam und in der säkularen Gesellschaft sollten zusammen ernsthaft diesen säkularen Fundamentalismus angehen. *Säkularer Fundamentalismus ist eine genauso große Bedrohung für die multikulturelle Gesellschaft wie es religiöser Fundamentalismus ist.* Für uns als Menschen der Kirche ist es jedoch schwierig, eine größere Klärung über unsere eigene Offenheit zum Dialog in einer pluralistischen Gesellschaft anzubieten, so lange die große Wandlung im Verständnis des Konzepts von „Wahrheit“ – eine maßgebliche Kulturrevolution in den Kirchen in den letzten 50 Jahren – noch nicht vollständig durchdacht ist. Heutzutage wird „Wahrheit“ nicht länger als exklusives, „absolutes“ Konzept angesehen, sondern als etwas, das eventuell essentiell für mich ist, aber nicht unbedingt für den Rest der Welt. Dieses neue, „relative“ Verständnis von „Wahrheit“ ermöglichte ein Wachsen des echten ökumenischen Dialogs im 20. Jahrhundert. Es sollte deutlicher herausgestellt werden, dass dies die Basis für die heutige Teilnahme der Kirchen an der öffentlichen gesellschaftlichen Debatte ist.

### 6. Intermezzo: Der holländische Segen der schwarzen Strümpfe

Die Trennung von Staat und Kirche ist in den Niederlanden so strikt, dass sie noch nicht einmal in der holländischen Verfassung erwähnt wird. Nur die Religionsfreiheit findet Erwähnung. Es gibt keinen Bezug zu Gott,

Christentum oder den Kirchen. Die holländische Verfassung ist nicht antireligiös; sie erkennt lediglich an, dass Kirche und Staat zwei verschiedene Entitäten sind. Kirchen haben einen rechtlichen Status *als Kirchen* gemäß dem Zivilrecht, aber es ist ein Status *sui generis*. Darüber hinaus entscheidet der Staat nicht, was eine Kirche ist. Nur Kirchen können entscheiden, dass sie eine Kirche sind. Im Falle von Konflikten, beispielsweise über Steuervorteile, wird das Gericht entscheiden. (Ein bekanntes Beispiel ist der Fall der „Satan’s Church“, die eigentlich ein Sexclub war, Steuerbefreiung beantragte und angab, eine Kirche zu sein; letztlich wurde der Gründer wegen Betrugs verurteilt).

*Es gibt zwei essentielle Unterschiede zum französischen Konzept der „laïcité“. Zum einen werden Kirchen als Kirchen anerkannt, nicht als „religiöse Organisationen“ mit dem einzigen Zweck der Organisation von religiösen Aktivitäten. Zum anderen gibt es keine Anstrengungen, das religiöse vom privaten Leben zu trennen. Und Privatschulen, die auf religiösem Fundament ins Leben gerufen wurden, werden vollständig gleichbehandelt (auch, was die öffentliche Förderung betrifft). Natürlich sollten sie sich an den allgemeinen Schulplan und Qualitätsanforderungen halten.*



*Im Jahr 2003 veröffentlichte die niederländische Regierung diesbezügliche Regeln. Schulen steht es frei, ihre eigene „Kleiderordnung“ festzulegen, diese darf aber nicht diskriminierend sein und darf nicht in Konflikt mit persönlichen Überzeugungen und der Religionsfreiheit stehen. Als Ausnahme dürfen (private) christliche Schulen gegebenenfalls muslimische Kopftücher untersagen. Öffentliche Schulen müssen Kopftücher erlauben, sowohl für Schüler- als auch Lehrerinnen. Nur Tücher, die das Gesicht total verdecken, sind aus praktischen Gründen (Kommunikation und Identifikation) nicht gestattet.*

Die Idee, muslimischen Mädchen in öffentlichen Schulen das Tragen von Kopftüchern zu untersagen, wäre der holländischen Kultur fremd, obwohl in der Verwirrung der letzten Jahre einige Politiker dafür plädierten. Dennoch kann argumentiert werden, dass der holländischen Gesellschaft eine solche Debatte aufgrund eines typisch holländischen Phänomens „erspart“ blieb: in Teilen des holländischen „Bibelgürtels“ tragen Mädchen schwarze Strümpfe als Ausdruck ihres (sehr orthodox-protestantischen) Glaubens. Jeder Holländer kennt den Ausdruck „die schwarze Strümpfe-Kirche“. Da sehr viel ernsthaftere Ausdrucksformen ihres Glaubens ebenfalls respektiert werden (wie die Ablehnung von Schutzimpfungen aus Gewissensgründen, da diese eine Verweigerung gegenüber Gottes Vorherbestimmung darstellten), hat niemand etwas gegen das Phänomen der schwarzen Strümpfe. Es wäre unlogisch, schwarze Strümpfe in den Schulen zu erlauben, aber Kopftücher zu verbieten. Für diejenigen, die eine Kopftuchdebatte wie in Frankreich vermeiden wollen, sind die schwarzen Strümpfe daher quasi eine Art Segen.

## 7. Die Rolle der Kirchen als Teil der Zivilgesellschaft neu definieren

Das Kirche-Staat-Modell ist für eine fruchtbare Debatte über die Rolle von Religion in einer weltlichen Gesellschaft nicht länger geeignet. Sowohl der Staat als auch die Kirchen haben sich verändert. Darüber hinaus genügt das Modell der Rolle der Zivilgesellschaft als ein neuer Faktor im Funktionieren der Demokratie nicht.

Der Staat – oder allgemeiner: das politische System – hat sich in den letzten 100 Jahren ungeheuerlich gewandelt. Die höchst dramatische Entwicklung ist die Erosion der politischen Parteien. Durch den Verlust der meisten ihrer einstigen Mitglieder haben politische Parteien praktisch ihre Rolle in der Legitimation des politischen Systems verloren.

Nur 2,5% der Wählerschaft in den Niederlanden heute sind Mitglied einer Partei. In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Zahl der wahlberechtigten Bevölkerung verdreifacht, während sich die Zahl der Parteimitgliedschaften halbierte. Schätzungen zufolge sind nur 10% der verbleibenden 300.000 Parteimitglieder aktiv – weniger als notwendig, damit die Parteien ihre Funktionen in unserem demokratischen System auf lokaler und nationaler Ebene erfüllen können.<sup>6</sup> Den dramatischsten Rückgang haben die christlichen Parteien zu verzeichnen. Vor einem halben Jahrhundert hatten die drei christlichen Parteien (eine katholische und zwei protestantische), die sich 1980 in der Christlichen Demokratischen Partei zusammenschlossen, noch eine halbe Million Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder beträgt heute 73.000.

Die Kirchen haben ebenfalls viele Mitglieder verloren, aber hier ist der Rückgang weniger dramatisch als bei Parteien und Gewerkschaften. Ihr Hauptproblem ist, dass die institutionellen Kirchen heutzutage nur ein kleiner Faktor im religiösen Leben sind: Religiöser Glaube ist hochgradig individualisiert, und Gläubige stehen religiösen Institutionen und Autoritäten eher gleichgültig gegenüber. Bischöfe, Synoden und ökumenische Einrichtungen äußern sich auch weiterhin zu öffentlichen Angelegenheiten, und sie kommen weiterhin mit Vertretern der Regierung und politischer Parteien zusammen, aber weniger oft und sicherlich mit weniger Berichterstattung in den Medien. In der öffentlichen Arena ist ihre Stimme praktisch verstummt.

„Kirche“ und „Staat“ sind also nicht mehr die einzigen Kategorien, um die öffentliche Rolle der Religion zu diskutieren. Es ist fruchtbarer, eine weitere Dimension hinzuzufügen und Kirchen als Teil der „Zivilgesellschaft“ zu betrachten. Die Zivilgesellschaft füllt in vielerlei Hinsicht die Lücke, die durch die abnehmende Bedeutung der politischen Parteien entstanden ist.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang ist die Frage durchaus gerechtfertigt, warum Kirchen so demütig geworden sind in ihrem Anspruch, in der öffentlichen Debatte eine Rolle zu spielen. *Trotz Säkularisation in Europa sind die Kirchen bei weitem der größte Anteil der Zivilgesellschaft.* Meine eigene Protestantische Kirche hat in den Niederlanden offiziell immer noch 2,5 Millionen Mitglieder, die Römisch-Katholische Kirche fast 5 Millionen. Für ein Land, das als hochgradig säkularisiert anzusehen ist, beträgt die Anzahl der Menschen, die mindestens einmal im Monat sonntags in die Kirche gehen, immer noch fast ein Viertel der Bevölkerung über 18 Jahre.

Es ist jedoch wichtig, dass die Kirchen erkennen, dass die Definition ihrer Rolle in der Zivilgesellschaft fünf Einsichten prinzipieller Natur erfordert:

1. Zu einem großen Teil decken Religion und Politik die gleichen Lebensbereiche ab: Fragen über Gerechtigkeit in der Gesellschaft, Krieg und Frieden, Ökologie, Leben und Tod (Sterbehilfe!), Kultur, um nur einige zu nennen. Natürlich sind die Rollen verschiedene (der Staat ist verantwortlich dafür, Gesetze zu verabschieden, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, usw., und die Kirchen beanspruchen das Evangelium, stellen pastorale Fürsorge bereit usw.). Trotz der allgemein akzeptierten Trennung von Staat und Kirche treffen sich beide in vielen Bereichen auf vielfältige Art und Weise.
2. Die Kirchen müssen akzeptieren, dass öffentliche Strukturen säkular sind (nicht anti-religiös, sondern neutral). Sie müssen akzeptieren, dass der Staat die Kirchen primär als „Organisation von Gläubigen“ betrachtet, und christliche Glauben(sbekenntnisse) keinen speziellen „Mehrwert“ in der Beteiligung der Kirchen an der demokratischen öffentlichen Debatte aufweisen.
3. Gleichzeitig muss der Staat und das politische System als ganzes akzeptieren, dass die Kirchen politische Strukturen als Instrumente für Frieden und Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Gottes Versprechen ansehen, und dass es Teil der Identität der Kirchen und anderer religiöser Einrichtungen ist, die politischen Strukturen aus diesem Blickwinkel heraus zu betrachten und, wenn nötig, zu kritisieren.
4. Wie gesagt, in der öffentlichen demokratischen Debatte in der Zivilgesellschaft können religiös inspirierte Argumente keinen Mehrwert beanspruchen, nur weil sie religiös inspiriert sind. Das Umgekehrte ist ebenfalls wahr: Religiös inspirierte Argumente können nicht abgetan werden als hätten sie weniger Wert, bloß weil sie religiös inspiriert sind. Die Akzeptanz von Demokratie impliziert die Akzeptanz des Pluralismus von Bekenntnissen und Überzeugungen, *religiöse* Bekenntnisse und Überzeugungen eingeschlossen. Demokratie setzt die Akzeptanz voraus, dass Religion existiert und dass es Sache der religiösen Traditionen selbst ist festzulegen, zu welchem Grad sie an der öffentlichen Debatte teilnehmen möchten. Es ist nicht die Aufgabe weltlicher Politiker, die Identität der Religionen neu zu definieren und ihre Rolle auf die Sphäre des Privatlebens zu reduzieren. (Die Kirchen haben die Prinzipien und Regeln der Demokratie vollständig akzeptiert, was vor 100 Jahren nicht der Fall war).

5. Genau wie die Kirchen die Säkularität der öffentlichen Strukturen akzeptieren müssen, müssen die säkularen Strukturen den den Kirchen eigenen Charakter als „glaubensbasierten“ Teil der Zivilgesellschaft akzeptieren und nicht versuchen, sie als „soziale“ oder „kulturelle“ Organisationen abzustempeln. Dies bedeutet auch, dass die Kirchen ihrerseits klar machen müssen, von welchem Hintergrund aus sie an der öffentlichen Debatte teilnehmen. Die Kirchen werden sich immer als *unterschiedlich* zu anderen Organisationen wie Gewerkschaften oder Aktionsgruppen betrachten, da ihre Existenz nicht auf gemeinsamen Interessen oder geteilten Aktionszielen beruht, sondern darauf, von Gott „gerufen worden zu sein“.



*ve zu der Regel des Gesetzes, sondern Zivilgesellschaft setzt die Regel des Gesetzes voraus und ist abhängig von ihr, um selbst zu funktionieren.*

Die Church and Society Commission (CSC) der Conference of European Churches (CEC) verwandte viel Arbeit auf die Definition der spezifischen Natur der Kirchen als Teil der Zivilgesellschaft. Dies geschah auch in Hinblick auf die Rolle, die Kirchen innerhalb der europäischen Strukturen spielen können. Nach den französischen und holländischen Referenden ist die Zukunft des Artikels I-52 der EU-Verfassung (die Zusicherung eines „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialogs“ zwischen europäischen Institutionen und den Kirchen sowie religiösen und philosophischen Organisationen) nun unsicher. Aber selbst wenn wir nun wirklich „zurück in Nizza“ sind, ist es wahrscheinlich, dass der Dialog mit den europäischen Institutionen weiter fortgeführt wird.

*Wie in dem vorbereitenden CSC-Papier angemerkt wurde: Die Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und den staatlichen Strukturen wirft fundamentale Fragen auf. In großen Teilen der Welt, insbesondere in den „gescheiterten Staaten“ („failed states“) und in totalitären Situationen, ist die Zivilgesellschaft die einzige Alternative zum Staat. Es ist die einzige Möglichkeit, Menschen zu helfen, sich selbst zu organisieren und ihre Bedürfnisse anzugehen. Im größten Teil Europas hingegen leben wir in Staaten, die nach den Regeln des Gesetzes leben oder sich aber in diese Richtung bewegen. Darüber hinaus ist es die Essenz der Europäischen Union, dass die Regel des Gesetzes auf einer supranationalen Ebene angewandt und ausgeführt wird – etwas Neues und Einzigartiges in der Welt! In diesem Teil Europas ist die Zivilgesellschaft nicht die Alternati-*

## 8. Was können die Kirchen – oder Religion – zum säkularen Europa beitragen?

Neben den formalen Aspekten des Platzes der Kirchen in der Zivilgesellschaft stellt sich die Frage, welchen klaren Beitrag Kirchen gegenüber anderen Bereichen der Zivilgesellschaft leisten können. Ich glaube, dass Kirchen und andere religiöse Gruppierungen eine einzigartige Rolle spielen, die andere Bewegungen und Organisationen nicht spielen können. Wir sollten Aufgaben betrachten, die direkt mit Schlüsselbegriffen wie *Vergebung, Versöhnung, Liebe, Würde, Gerechtigkeit, Hoffnung*, usw. zu tun haben. Und wir sollten danach schauen, was diese Begriffe im Zusammenhang mit den heutigen Probleme in der säkularen Gesellschaft bedeuten können. Ich werde einige Beispiele dafür geben, welche Beiträge Kirchen für Europa in seiner gegenwärtigen Zukunftsunsicherheit liefern können:

- *Überwinden der Vergangenheit des Kalten Krieges, um Gemeinschaft wieder herzustellen.* Dies ist essentiell zur Stärkung der Regel des Gesetzes. In vielen ehemals kommunistischen Ländern ist die politische Stabilität nach wie vor durch die spukenden Geister der jüngsten Vergangenheit gefährdet. Nehmen Sie das Beispiel von Gesellschaften, die durch Geheimpolizei vergiftet waren. Das Leben geht weiter, die Gemeinschaft muss wie-



der hergestellt werden. Wie kann die Beziehung zwischen Opfern und Tätern geheilt werden? Was ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Begriffen wie Schuld, Vergebung, Versöhnung? Nach so vielen Jahrhunderten der Reflektion über Vergebung sollten wir in den Kirchen wissen, wie schwierig dies ist und fähig sein, hierüber etwas Einfühlsames zu sagen.

- *Überwinden der kulturellen Kluft zwischen dem Europa Roms/der Reformation und dem Europa Konstantinopels/Kiews/Moskaus.* Die Kirchen sind ein Teil dieses Problems, welches für die Einheit Europas von großer Bedeutung ist.
- *Intensivierung des Dialogs zwischen Christentum und Islam in Europa,* insbesondere auf lokaler Ebene.
- *Klärung der Beziehung zwischen nationaler/ethnischer und religiöser Identität.* Aufgrund ihrer Bedeutung in Konflikten ist dies von spezieller Bedeutung im traditionellen Kontext europäische Integration als Friedensprojekt!
- Verstärkung und Intensivierung der vielen Partnerschaften zwischen lokalen Kirchen und Gemeinden im Osten, Westen, Norden und Süden Europas. Die „Ausöhnung von unten“ in den Jahren des Kalten Krieges kann als Basis für neue Formen der „Integration von unten“ dienen.
- *Überwachen der Religionsfreiheit und der Kirche-Staat-Beziehungen,* insbesondere in Ländern, in denen neue Rechtssysteme geschaffen werden.
- *Erneuerung des ökumenischen Lebens in Europa* (einschließlich der Notwendigkeit, das negative Bild von „ökumenisch“ zu reparieren), – wieder der Einheit und des Dialogs zwischen europäischen Wertesystemen wegen.

Weitere Punkte könnten genannt werden, wie beispielsweise die Debatte um Fundamentalwerte, die Suche nach Einheit in Vielseitigkeit, usw. Dies ist jedoch auch die Aufgabe anderer Bereiche der Zivilgesellschaft.

### 9. Was kann das säkulare Europa zum Selbstverständnis der Kirchen und der Religion als ganzes beitragen?

Die Frage, was die Kirchen für Europa beitragen können, kann auch umgedreht werden: Was kann das säkulare Europa zu den Kirchen beitragen?

„Europa“ hat bereits die ökumenische Bewegung dazu gezwungen, sich selbst zu erneuern:

- Bis weit in das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hinein war die Conference of European Churches nicht wirklich an europäischer Integration interessiert und verfehlte anzuerkennen, dass die EU das wichtigste Versöhnungs- und Friedensprojekt der jüngeren europäischen Geschichte ist. Dies lag hauptsächlich im Kalten Krieg begründet.<sup>8</sup> Dank des Falls der Berliner Mauer musste sich diese Auffassung ändern (was letztendlich zu dem Zusammenschluss mit der European Ecumenical Commission for Church and Society mit ihrem Fokus auf die europäischen Institutionen in Brüssel und Strassburg führte).
- In gleicher Weise war es *Europa*, welches die ökumenische Bewegung dazu zwang, eher *europäisch* als *westeuropäisch* zu werden. Die neuerlichen Anspannungen mit der orthodoxen Welt sind im Wesentlichen das Resultat eines mangelnden Dialogs während der Zeit des Kalten Krieges.
- Das World Council of Churches hat begonnen, allmählich zu realisieren, was es bedeutet, dass die ersten 40 Jahre seiner Existenz mit 40 Jahren Kalten Krieges zusammenfielen. Die theologischen Einsichten der Dissidenten und anderer Opfer der kommunistischen Unterdrückung sind jedoch immer noch nicht Teil der ökumenischen Theologie.

Neue Elemente, inwiefern „Europa“ die Kirchen beeinflusst, sind:

- Die Notwendigkeit, sich bezüglich des Pluralismus als Resultat des Zuzugs von Einwanderern aus anderen Kulturen und Religionen zu einigen, und daher unsere eigene Identität neu zu definieren.
- Die Stärkung des Versöhnungspotenzials der Religionen, gerade wegen ihres Potenzials, in Konflikten ausgebeutet zu werden (die Kriege im ehemaligen Jugoslawien!).

### 10. Schlussfolgerung

Die letzten beiden Abschnitte enthalten Punkte, die ich bei vielen Gelegenheiten ausführte, wenn ich über Europa vor dem 11. September 2001 und vor den Ereignissen, die die niederländische Gesellschaft beschädigten, sprach. Ich kann nicht viel Neues hinzufügen, außer einem Aufruf:

- Kirchen und ökumenische Organisationen müssen damit aufhören, von ihren eigenen organisationellen Schwierigkeiten besessen zu sein und mit Debatten

über die gegenwärtigen Dilemmata in Bezug auf Europas Zukunft und die gegenwärtige Verwirrung über holländische, französische oder welche europäische Identität auch immer beginnen.

- Intellektuelle müssen aufhören, faul zu sein und dürfen nicht länger die Debatte den Populisten überlassen.
- Christen, Muslime und „Aufklärungs-Säkularisten“ müssen ihre Kräfte bündeln und dem Fundamentalismus in ihren eigenen Reihen begegnen.
- Kirchen müssen ihre Rolle in der öffentlichen Debatte beanspruchen und akzeptieren, dass unsere Gesellschaft säkular ist in ihren öffentlichen Strukturen, aber gleichzeitig die Anerkennung der Rolle der Religion einfordern.
- Die größte Gefahr für die holländische Gesellschaft, unfreiwillig in ein Modell der „laïcité“ hineinzurutschen, liegt nicht in den Politikern begründet, die dies befürworten, sondern in den Kirchen selbst aufgrund ihres Rückzugs aus der öffentlichen Debatte.
- Kirchen und ökumenische Einrichtungen müssen aufhören, sich darüber zu beklagen, dass die Präambel zur EU-Verfassung keinen Bezug auf Gott oder Christentum vorsieht (In den Niederlanden hätte dies ohnehin nur das Ergebnis des Referendums noch verschlimmert).<sup>9</sup>

Aus meiner beschränkten und verwirrten holländischen Perspektive betrachte ich diese Punkte ebenfalls als europäische Herausforderungen.

### Anmerkungen

- \* Laurens Hogebrink (ehemaliger Direktor des Church and Society Dept. der Netherlands Reformed Church). Juni 2005 (ins Deutsche übertragen von Juljan Krause/London)
- <sup>1</sup> Siehe auch Generale Synode Nederlandse Hervormde Kerk ‚Hart en ziel voor Europa?‘, Zoetermeer 1996, S. 128. Neuere Daten – schwer zu finden! – sind ähnlich. Siehe [www.zending.org](http://www.zending.org).
- <sup>2</sup> Siehe auch Peter Ester, Loek Halman, Ruud de Moor (Hrsg.), *The Individualising Society. Value Change in Europe and North America*, Tilburg 1993. Das „Source Book“ von Loek Halman der 1999/2000 European Values Study Surveys gibt an, dass nur drei der jetzigen EU-Mitgliedsstaaten eine Kirchenzugehörigkeitsquote von unter 50% aufweisen: die Niederlande (46%), Estland (24,9%) und die Tschechei (33,6%). Für mehr Informationen siehe [www.europeanvalues.nl](http://www.europeanvalues.nl)
- <sup>3</sup> Er war ein sehr untypischer holländischer Politiker: ein extravaganter Dandy und Homosexueller, der offen anmerkte, er kenne junge marokkanische Männer besser als der Imam, da er mit ihnen schlafe.
- <sup>4</sup> Dies war das Argument Nummer 1 bei Nachbefragungen am Wahlabend. In einer späteren Umfrage wurde der „Mangel an Information“ als Hauptgrund angegeben, mit Nein zu stimmen. Die Besorgnis über weiteren Verlust von Souveränität wurde zweithäufigst genannt, gefolgt von „Abneigung gegenüber der Regierung“. Siehe *De Volkskrant*, 29 Juni 2005.
- <sup>5</sup> Brief von Ayaan Hirsi Ali in *Vrij Nederland*, 21 Mai 2005.
- <sup>6</sup> Vgl. die Zahlen, vorgelegt von Gerrit Voerman in: *Ledenverlies plaatst politieke partijen voor groeiend recruiteringsprobleem*. *Staatscourant*, 13 Januar 2000
- <sup>7</sup> Natürlich gibt es noch weitere wichtige Faktoren, die zur wachsenden Dysfunktion des politischen Systems beitragen, wie etwa die Rolle der Medien und unkontrollierte transnationale finanzökonomische Kräfte.
- <sup>8</sup> Laurens Hogebrink, *The Discovery of Europe*, in: *Religion, State and Society*, Vol. 25, No 1, 1997.
- <sup>9</sup> In einem Internet-Fragebogen in den Wochen vor dem Referendum lehnte eine breite Mehrheit sogar die These ab, die EU sollte regelmäßige Kontakte mit den Kirchen unterhalten.

## Andreas Seiverth: Europäische Lernanlässe

Es gibt sicher eine Menge objektiver politischer Gründe, enttäuscht darüber zu sein, dass der Europäische Verfassungsentwurf durch das überraschend klare Nein in der französischen und niederländischen Volksabstimmung auf absehbare Zeit kaum noch eine realistische Chance hat, dem gleichzeitigen europäischen Erweiterungs- und Integrationsprozess ein neues normatives Fundament zu geben. Auch wenn die Verfassung Europas „nur“ ein Vertragswerk zwischen Staaten sein würde, dem traditionellen Verständnis einer nationalen Verfassung also nicht entspräche, hätte eine auf demokratische Weise zum Ausdruck gebrachte, über die Zustimmung der Regierungen hinausgehende Annahme einen enormen Entwicklungsschub bedeutet. Nicht nur das häufig beklagte Demokratiedefizit europäischer Normsetzungen wäre deutlich durch die Stärkung der Rechte des

Europäischen Parlaments abgebaut worden; ein durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen effektiver gewordener Abstimmungs- und Entscheidungsprozess hätte die Handlungsfähigkeit Europas als Akteur im Globalisierungsprozess gestärkt.

Dies sind nur zwei Aspekte, die auf der politisch-institutionellen Ebene die tatsächliche Notwendigkeit und den absehbaren Effektivitätsgewinn verdeutlichen, die mit einer erfolgreichen gesamteuropäischen Annahme der Verfassung für die Europäische Union verbunden wären. Auf dieser Ebene ist auch die plausible Prognose angesiedelt, dass sich die „demokratieentlastete“ Entwicklungsdynamik der EU, ihre Erweiterung und die schon jetzt installierten Interpretationsmechanismen fortsetzen werden. Damit verbunden ist schließlich auch